

Toni Dettling

alt National- und Ständerat
des Kantons Schwyz
www.toni-dettling.ch

Kolumne / H. + I. Auslese 28. April 2011

Inkonsequente Transparenz bei der Parteienfinanzierung

Umstrittene Abstimmungsvorlagen und bevorstehende Wahlen beflügeln Initiativen und Vorstösse aller Art. Zurzeit steht wieder einmal das Postulat für Transparenz bei der Finanzierung der Parteien und ihrer Mandatsträger hoch im Kurs. Parteispenden von Dienstleistungs-, Industrie- und Handwerksbetrieben, aber auch von Privaten, sollen ab einer noch zu bestimmenden Höhe namentlich und betraglich publik gemacht werden. Ja SVP-Jungsporn NR Lukas Reimann will gar im Verbund mit dem Jungsozialisten und Kapitalismusüberwinder Cédric Wermuth in einer unheiligen Allianz mit einer Volksinitiative die vollständige Offenlegung der «Politiker-Einkünfte» erreichen.

Bekanntlich wird der Brei nicht so heiss gegessen, wie er gekocht wird. Dennoch scheinen neuerdings die Voraussetzungen für eine Transparenzregelung intakt zu sein. Die neue SP-Bundesrätin Sommaruga will schon bald einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen und sucht intensiv Partner bei bürgerlichen Wahlkampfstrategen. Europäische Kritiker unserer direkten Demokratie spielen dabei als willkommene Geburtshelfer mit. Damit wird aber nicht nur ein neues bürokratisches Monster auf die Beine gestellt. Vielmehr soll das bürgerliche Lager politisch geschwächt und die Parteien als Finanzempfänger in die staatliche Abhängigkeit gebracht werden.

Transparenz scheint zwar ein durchaus beliebtes und unverdächtig Mittel zu sein. Doch kann mit dieser Massnahme das hohe Ziel erreicht werden und welche Nebenwirkungen sind damit verbunden? Wie ausländische Beispiele – etwa Deutsch-

land oder Frankreich – zeigen, braucht es für eine griffige Transparenz-Regelung sehr detaillierte bürokratische Vorschriften und einen ebenso umfassenden Kontrollapparat, der mit einer rigorosen strafrechtlichen Sanktionsordnung ausgestattet ist. Andernfalls werden die Transparenz-Regeln in der Praxis häufig umgangen, ja diese verkommen zur Farce oder werden nur willkürlich angewandt.

Die Publikation namhafter Spenden bewirkt erfahrungsgemäss einen Rückgang des Spendenergebnisses. Gerade in unserem Land, wo sich die allerwenigsten Privaten oder Unternehmungen in einer Spendenliste verzeichnet sehen wollen, dürfte die Transparenz-Regelung zu einem massiven Einbruch der Parteispenden auf allen Stufen führen. Folge davon wird der Ruf nach staatlicher Parteienfinanzierung sein – ein schon lang gehegter Wunsch linker Protagonisten. Damit werden aber nicht nur die öffentlichen Haushalte belastet. Die Parteien geraten so immer mehr in eine staatliche Abhängigkeit, zumal Staatsbeiträge in der Regel mit weiteren Auflagen für die Spendenempfänger verbunden sind. Eine solch fatale Spiralwirkung ist nun aber alles andere als transparent, namentlich auch nicht für spendenwillige Unternehmer, Handwerker und Private.

Ein weiterer Aspekt ist nicht ausser Acht zu lassen: Transparenz bei der Parteienfinanzierung umfasst nur einen Teil der politischen Transparenz. Medienleute und Journalisten beeinflussen im Sog der «politischen Ungebundenheit» die öffentliche Meinung ebenso stark wie die politischen Parteien. So sind etwa das Staatsfernsehen oder massgebliche Zeitungen ebenso wichtige Meinungsmacher. Es sei an die im letzten Herbst zur Abstimmung gelangte SP-Steuer gerechtigkeitsinitiative erinnert, wo der Tagesanzeiger im Textteil einen eigentlichen Kampagnen-Journalismus für die Initiative fuhr, so dass sich selbst der Verleger zum Eingreifen genötigt sah. Oder was, wenn etwa die politischen Sendegefässe des Fernsehens subversive linke Unterweisung betreiben? Problematisch ist dabei, dass bei all diesen politischen Meinungsmachern überhaupt keine Transparenz besteht. Vielmehr wehren sich gerade Medienleute gegen die Offenlegung ihres allfälligen Parteibuches oder gar ihrer politischen Gesinnung. Gerade deshalb ist der Ruf der Medienleute nach mehr Transparenz bei den Parteienfinanzen ziemlich scheinheilig.

Letztlich führt also die Transparenz bei der Parteienfinanzierung zu einer Inkonsequenz ohnegleichen mit unerwünschten Nebenwirkungen. Deshalb gilt es, der Forderung des linken Lagers, gerade auch aus der Sicht der Unternehmer, von allem Anfang an Paroli zu bieten. Die heute schon bestehende Offenlegung der Interessenbindung der Politiker genügt vollauf und ist erst noch unbürokratisch und einfach kontrollierbar. Im Übrigen würde die Transparenz bei der Parteienfinanzierung die Abstimmungsergebnisse kaum verändern.